

Der Konflikt in Nepal

Seine Ursachen und erste Schritte zum Frieden

Shobhakar Budhathoki

Einführung: Die Gründe sind unterschiedlich

Wie Strategien gewaltfreier Konfliktlösung zu entwickeln sind, gilt wohl in allen Ländern der Welt als Frage von weitreichender Bedeutung. Während die Konflikte selbst sich ihrer Natur nach eher ähneln, können die Formen, die sie annehmen, und die Gründe, aus denen heraus sie entstehen, sehr unterschiedlich sein. Eine nicht unerhebliche Anzahl von ihnen tritt in Form von Befreiungsbewegungen bzw. Revolutionen auf oder ist aus separatistischen Bewegungen hervorgegangen, die im Kern auf die Erlangung voller Autonomie bzw. Unabhängigkeit abzielen. Für manche Auseinandersetzungen sind politische Kampagnen der Auslöser, um Ungleichheiten und Ausbeutung abzuschaffen, andere dagegen werden lediglich zum Schutz religiöser Normen und Werte geführt.

In Asien haben sich einige dieser Bewegungen zu Gruppen entwickelt, die Selbstmordanschläge verüben und Terrorakte unterstützen. Was man mit dem Wort Terrorismus meint, ist freilich recht widersprüchlich und als Begriff mit globaler Dimension wird er nicht zutreffend eingegrenzt. Die Supermächte definieren ihn so, wie es ihrer jeweiligen Interessenlage entspricht. Aber man sollte zwischen Befreiungsbewegung und Terrorismus einen Unterschied machen und dementsprechend mit dem Begriff umgehen. Hinzu kommt, dass manche Konflikte sich lediglich aus den traditionellen und kulturellen Differenzen unter ethnischen Bevölkerungsgruppen heraus entwickelt haben, denen dann unzählige einfache Menschen zum Opfer fallen. Politische Instabilität und wirtschaftlicher Niedergang sind die Folge.

Überall auf der Welt ist eine massive Zunahme von Missbrauchsfällen und Menschenrechtsvergehen zu beobachten, und auch die Täter kommen immer häufiger ungestraft davon. In gewisser Weise haben manche Konflikte mit der Suche nach mehr Gerechtigkeit angefangen, doch wenn dies wirklich das Ziel einer Bewegung ist, dann sollte das auch nach außen hin klar erkennbar sein. Ganz offensichtlich liegen die Ursachen vieler Konflikte in Entwicklungsländern in den Ungerechtigkeiten und in einseitig Partei ergreifenden Bürokratien, die alle Bemühungen zunichte gemacht haben, uneingeschränkt geltende und allen Menschen wesentlich zukommende Rechte durchzusetzen, was dann oft zur Gründung von gewaltsam operierenden Bewegungen führt. Solche Bewegungen haben das Ziel, den Aufbauprozess nationaler demokratischer Strukturen so

mitzubestimmen, dass der Basis, vor allem den Frauen und Minderheiten, maximale Beteiligung an allen Prozessen zugesprochen wird, in denen Entscheidungen gefällt werden und die Grundausrichtung der Politik zur Debatte steht. In Asien wird die Würde benachteiligter Gruppen in aller Regel nicht respektiert, und ihre Beiträge zur Entwicklung der Gesellschaft werden nicht anerkannt. Das führt dann dazu, dass sie bei Fragen von nationalem Interesse ausgeschlossen bleiben. In Nepal leben nahezu 90 Prozent der Bevölkerung von traditioneller Landwirtschaft, und die Arbeitslosenrate steigt von Jahr zu Jahr unvorhersehbar weiter. Sehr viele Jugendliche sind ohne Beschäftigung und wandern auf der Jobsuche nach Indien, den Mittleren Osten oder Südostasien aus. Da Nepal auch heute eine feudale bzw. semif feudale Gesellschaft ist, gibt es allein aufgrund von Kastenzugehörigkeit, hierarchischem Status und Wohlstand immer noch die verschiedensten Formen von Ausbeutung. Praktiken, die bewirken, dass wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeiten kein Ende finden, wurde nicht Einhalt geboten. Korruption und Vetternwirtschaft blühen mit zunehmender Tendenz und das Volk in seiner Armut sieht sich von allen Möglichkeiten der Selbstentfaltung immer wieder ausgegrenzt. In einigen Fällen wird die Mehrheit unmenschlich und als Bürger zweiter Klasse behandelt. Unter diesen sozialen und politischen Verhältnissen fügten sich jene Bedingungen zusammen, die in Nepal zum maoistischen Aufstand führten, der zum Teil auch deshalb ausbrach, weil man in ihm einen Weg zur Befreiung aus der desolaten Wirtschaftslage sah und Unterschiede, Ungleichheit und Ungerechtigkeiten abschaffen wollte.¹

I. Hintergründe des maoistischen Aufstandes

Einige der Formen, die der Konflikt in Nepal angenommen hat, sind tief in diskriminierenden Praktiken und ungerechter Politik verwurzelt. Zusammenfassend lässt sich sagen, die nepalesisch-maoistische Rebellion war die Folge des Strebens der Kommunistischen Partei Nepals (Maoisten) [KPN (M)] nach politischer Macht sowie das Ergebnis der wirtschaftlichen Misere des Landes. Die Verfassung des Königreichs Nepal von 1990 spricht zwar allen die bürgerlichen Grundrechte zu und respektiert die Würde jeder Ethnie. Doch das einfache Volk hat häufig keine Chance zu wirtschaftlichem Aufstieg und findet keinen Anschluss an das aktive gesellschaftliche Leben. In den frühen Phasen der Maoistischen Rebellion hat die Regierung auch nicht *eine* Maßnahme durchgeführt, die geeignet gewesen wäre, das Problem zu lösen. Stattdessen unterdrückte sie die öffentliche Meinung mit Gewalt, beging zahlreiche Gräueltaten wie z.B. wahllose Tötungen und Verhaftungen. Konfliktverschärfend waren außerdem die vorherrschende Armut, das Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, eine einseitig ausgerichtete Politik, Korruption, wirtschaftliche Not sowie die Isolierung benachteiligter Gruppen. Tiefverwurzelte sozioökonomische und religiöse Methoden der Diskriminierung sind weitere Hauptfaktoren, die das Land in den gegenwärtigen Konflikt stürzten.

Vor diesem Hintergrund legte die ultralinke Schwesterorganisation der KPN (M), die Vereinigte Volksfront (Baburam), dem damaligen Ministerpräsidenten Sher Bahadur Deuba eine Liste mit vierzig Forderungen vor, die sich hauptsächlich auf Wirtschaftsreformen und den sozialen Wandel richteten. Einige dieser Forderungen waren jedoch höchst kontrovers, wie etwa die nach dem Recht auf Selbstbestimmung, nach Kontrolle des Militärs und nach politischen Reformen. Am 14. Februar 1996 eröffnete die KPN (M) noch vor Ablauf der Frist, die sie für die Erfüllung der Forderungen gesetzt hatten, den „Volkskrieg“ mit dem Ziel, die Monarchie zu stürzen und eine Republik einzuführen. In der Tat war die Regierung nicht gewillt, die von der KPN (M) erhobenen Forderungen auch nur in Erwägung zu ziehen, sondern fest entschlossen, sie mit militärischer Repression in den Griff zu bekommen.

In der Anfangsphase des Aufstandes der KPN (M) kam es zu extremen Gewalttätigkeiten der Rebellen. Sie waren an zahlreichen Tötungen, am Verschwinden von Menschen, an Angriffen und Drohungen beteiligt und schoben ideologische Differenzen mit den Großgrundbesitzern als Begründung vor. Sie griffen Polizeistationen und Einrichtungen der Regierung an, erzwangen vom Volk, von Kaufleuten und Unternehmern Abgaben in Form von Waren und Geld im Wert von Millionen Rupien und gingen zu Erpressungsaktionen über. Nach Aussagen der Regierung ist die KPN (M) aufgrund terroristischer Aktivitäten erfolgreich; die Maoisten dagegen behaupten, sie hätten es nur auf die Übeltäter der Gesellschaft abgesehen und das Ziel, sie zu beseitigen, sei Teil ihrer Befreiungsbewegung. Gegenwärtig sind fast alle Dörfer unter der Kontrolle der Rebellen; die Regierung ist lediglich in den Distriktzentren noch präsent.

Während des siebenjährigen Konflikts wurden mehr als 7000 unschuldige Menschen von den Sicherheitskräften und der KPN (M) in sogenannten „Zusammenstößen“ getötet. Beide Seiten verletzten systematisch die Menschenrechte, folterten, entführten auf brutale Weise ihre jeweiligen Gegner sowie Zivilpersonen und verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die KPN (M) wandte gegen das einfache Volk meist herkömmliche Foltermethoden an, um durch Furcht Druck auszuüben und es zu zwingen, ihre Aktionen zu unterstützen, während die Sicherheitskräfte mit Straffaktionen und anderen militärischen Operationen gegen die Guerillas vorgehen.

Dennoch scheint die Bewegung der KPN (M) eher politisch als terroristisch orientiert zu sein, da es ihnen in ihrem Kampf nach eigenen Angaben darum geht,

Der Autor

Shobhakar Budhathoki ist Generalsekretär des Center for Human Rights and Democratic Studies (CEHURDES), einer Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Katmandu und bekannt als Wegbereiter für eine Überwachung der Presse- und Meinungsfreiheit im Lande. Als freiberuflicher Journalist engagiert sich Budhathoki seit zehn Jahren in der Menschenrechtsbewegung. Er arbeitete auch als Beauftragter für Menschenrechte bei der Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) und verfasste eine Reihe von Dokumentarberichten zu Fragen der Förderung von Menschenrechten, der Konfliktlösung und der Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit in nationalen und internationalen Zeitungen und Zeitschriften. Anschrift: Center for Human Rights and Democratic Studies, GPO Box 21179, Thapathali, Katmandu, Nepal.

den Minderheiten und den benachteiligten ethnischen Gruppen bei der Ausgestaltung nationaler Politik eine stärkere Beteiligung zu sichern. Leider weitete sich die Bewegung zum bewaffneten Kampf aus, als sie die „Volksarmee“ ins Leben rief. Als Folge eskalierender Gewalt werden Tausende von Menschen vertrieben und suchen in den Distriktzentren und der Hauptstadt des Landes ihre Zuflucht. Menschenrechtsorganisationen berichten von hohen Verlusten: von Hunderten von Getöteten und Verletzten, Hunderten von verschwundenen Personen, von Drohungen und Vergewaltigungen, die von beiden Seiten, den Sicherheitskräften wie den maoistischen Rebellen, verübt werden. Einige Foltermethoden wandten die Maoisten speziell gegen politische Aktivisten an, die sich zu einer anderen Ideologie bekannten und der Spitzeltätigkeit für die Sicherheitskräfte beschuldigt wurden. Die Sicherheitskräfte ihrerseits griffen ebenfalls wahllos Leute aus dem Volk heraus mit der Begründung, sie seien Komplizen der Maoisten.

Die KPN (M) nutzte die politische Instabilität und die wachsende Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit der Jugendlichen in vollem Umfang für sich aus. Die meisten Rebellen, die sich der Bewegung anschlossen, stammten aus den unteren Kasten und fühlten sich von den höheren ausgebeutet und nicht als Menschen anerkannt und behandelt.

Einen massiven Zulauf erhielt die maoistische Bewegung nach der Ermordung fast der gesamten Königsfamilie am 1. Juni 2001, zumal sich danach in der Öffentlichkeit mehr und mehr der Verdacht ausbreitete, die neue Königsfamilie habe beim Massaker ihre Hand im Spiel gehabt. Außerdem herrschte über die halbherzige und schleppende Aufklärung des Massakers und über die staatliche Berichterstattung große Unzufriedenheit. In dieser undurchsichtigen Verdachtslage beschuldigten die Maoisten den Königspalast, direkt in das Massaker verwickelt gewesen zu sein und starteten eine Kampagne gegen die Monarchie, indem sie erklärten, das Blutbad an der Königsfamilie sei eine Verschwörung gewesen. Am Ende konnten sie die Mehrheit des Volkes davon überzeugen und ihrem Ziel einen Schritt näher kommen.

II. Erste Schritte in Richtung Frieden und die Verhängung des „Ausnahmestandes“

Im Juli 2001 einigten sich die Regierung und die maoistischen Rebellen auf einen sofortigen Waffenstillstand und ihr „Volkskrieg“ wurde nach der Ernennung von Sher Bahadur Deuba zum Ministerpräsidenten als politisch motivierter Kampf anerkannt. Seine Ernennung erfolgte, nachdem Premier Girija Prasad Koirala zum Rücktritt gezwungen worden war, nachdem er sich mit der Armee über eine Befreiungsaktion von etwa siebzig entführten Polizisten in Holeri im Bezirk Rolpa überworfen hatte. Interessant ist, dass Deuba, noch bevor er seinen Amtseid ablegte, die Maoisten um ihre Zustimmung zu einer sofortigen Waffenruhe er-sucht hatte und deren Parteichef Prachanda innerhalb von nur zwei Stunden das

Angebot annahm. Es hieß, den Maoisten gelinge es zunehmend, durch eine Strategie des *divide et impera* die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Gemeinschaft auf sich zu lenken. In seiner früheren Funktion als Leiter des Studien- und Empfehlungsausschusses zum Maoistenproblem (*Maoists Study and Recommendation Committee*) hatte Deuba empfohlen, das maoistische Problem politisch und durch Entwicklung der Wirtschaft des Landes zu lösen. Das war das erste Mal in der Geschichte Nepals, dass die Regierung mit den Maoisten einen Waffenstillstand vereinbarte, um durch Dialog und Verhandlungen den Frieden wieder herzustellen.

Von Anfang an bestanden die Maoisten unzweideutig auf der Bildung einer Interimsregierung, die eine verfassungsgebende Versammlung einberufen sollte, und forderten die Gründung einer Republik. Im Verlauf der viermonatigen Verhandlungsphase jedoch willigten sie ein, ihre Forderung nach sofortiger Gründung einer Republik zurückzuziehen. Trotz dreier Verhandlungsrunden erzielte man aber keine wesentlichen Fortschritte und leitete auch keine vertrauensbildenden Maßnahmen ein. Ende November 2001 brach dann die KPN (M) den Dialog einseitig und ohne Begründung ab, erklärte den Waffenstillstand für beendet, griff Kasernen des Militärs in Dang, Syangja und Solukhumbu an und erbeutete eine große Zahl weitreichender Waffen und Munition. Ebenso töteten sie ein Dutzend höherer Verwaltungsfunktionäre und Armeeeoffiziere, entführten viele Sicherheitsbeamte und Verwaltungspersonal und raubten Millionen aus Banken und Genossenschaften.

Die Situation geriet rasch außer Kontrolle, da der Friedensprozess sich festgefahren hatte und der Staat wie auch die maoistischen Rebellen ihre berüchtigten brutalen Angriffe wieder aufnahmen mit dem Ziel, den Gegner völlig niederzuschlagen. Daraufhin verhängte die Regierung gemäß Artikel 115 und 118 (7) der Verfassung der Königreiches von Nepal den Ausnahmezustand und verfügte die Mobilmachung der Armee. Der König setzte vorübergehend zahlreiche Grundrechte außer Kraft, indem er die Bewegungsfreiheit einschränkte, die Informationsfreiheit aufhob und eine neutrale Berichterstattung verbot. Die Regierung erließ außerdem eine vom König abgezeichnete „Verordnung über terroristische und umstürzlerische Umtriebe“ (TADO), um die Aktionen der Maoisten einzudämmen, und erklärte diese offiziell zur „terroristischen Vereinigung“.

Während des neun Monate andauernden Ausnahmezustands töteten die Sicherheitskräfte und die KPN (M) mehr als 5000 Menschen, darunter neun Journalisten. Tausende wurden verhaftet, unter ihnen über 150 Journalisten. Ohne Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren wurden sie hinter Gittern festgehalten. Eigentum im Wert von Millionen Rupien wurde bei den Angriffen vernichtet, und auch die Zivilbevölkerung geriet zwischen die Fronten und wurde zum Ziel von Angriffen. Das einfache Volk hat noch immer Angst, in die Dörfer zurückzukehren, und die auch nach der Aufhebung des Ausnahmezustands fortbestehende Unsicherheit lässt sie nicht in Ruhe und Frieden leben.

Einen weiteren schweren Fehler gegen die demokratische Ordnung des Landes beging König Gyendra, als er am 11. Oktober 2002 den bekennenden Monarchis-

ten Lokendra Bahadur Chand als Ministerpräsidenten an die Spitze einer Übergangsregierung berief, nachdem er Deuba am 4. Oktober durch vollständige Übernahme aller exekutiven Macht entlassen hatte. Die größeren politischen Parteien protestierten gegen diese Machtübernahme und bezeichneten sie als Verfassungsbruch und klaren Verstoß gegen die demokratische Ordnung. Der König bekennt sich zwar weiterhin zu ihr und seinen demokratischen Verpflichtungen, doch faktisch steuert er eine politisch aktivere Amtsführung an, im Klartext: mehr politische Macht. Dieses Vorgehen wirkte wie Wasser auf die Mühlen der Maoisten, die ihre Kampagne gegen die Monarchie zielstrebig weiterverfolgen.

Überraschenderweise einigten sich die Regierung und die maoistische Untergrundpartei am 29. Januar 2003 erneut auf einen Waffenstillstand, wobei die Regierung ihrerseits einwilligte, das Plakat mit der roten Ecke, die sog. *Red Corner Notice*, zu entfernen, das die Rebellen als (international gesuchte) Terroristen einstufte, und das auf führende Maoisten ausgesetzte Kopfgeld aufzuheben. Den eigentlichen Grund für die Einstellung der Kampfhandlungen kennt man nicht, doch heißt es, die Maoisten seien durch internationalen politischen Druck und den Umbau ihrer Armee und Organisation dazu gezwungen worden. Von Belang in diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis, dass die amerikanische Regierung und ihre Verbündeten eine vehemente Kampagne gegen den Terrorismus führten und die Maoisten als nächste auf die Liste internationaler Terrororganisationen gesetzt werden sollten, was dann später auch geschah.

Es war schon paradox, dass die Maoisten sich mit der Regierung des Königs auf einen Waffenstillstand einigten, wo sie doch für die Abschaffung der Monarchie kämpften. Folgt man der Erklärung zur Feuereinstellung, so brachten die Rebellen darin wiederum ihr Drei-Punkte-Programm vor: Bildung einer Übergangsregierung, Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und Verhandlungen am „Runden Tisch“, um das Problem durch Dialog zu lösen. Zum Chefunterhändler der Maoisten wurde Dr. Baburam Bhattarai ernannt; als einziges Mitglied auf Regierungsseite fungierte der Minister Narayan Singh Pun. Die Mitglieder der maoistischen Verhandlungsdelegation betonen jetzt ständig ihren Friedenswillen und ihre Dialogbereitschaft und überzeugen so die politischen Parteien, die sich gegenwärtig in Opposition zur Regierung des Königs befinden, ihre Forderungen zu unterstützen. Diese richten sich u.a. auf den Aufbau einer „Nationalen Armee“, der die gegenwärtige maoistische „Volksarmee“ unter der Kontrolle des Parlaments einzugliedern sei, auf volle Souveränität des Volkes und auf die Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch eine verfassungsgebende Versammlung.

Im Verlaufe von zwei Gesprächsrunden unter Leitung des Vizepremiers Badri Prasad Mandal und des maoistischen Chefunterhändlers Dr. Bhattarai traten einige Widersprüchlichkeiten auf, die sich für die Fortsetzung des Friedensprozesses als Hindernisse auswirkten. Die Maoisten organisierten ständig öffentliche Veranstaltungen und sprachen vollmundig von Engagement für den Friedensprozess. Doch gleichzeitig drohten sie mit einer Wiederaufnahme des Kamp-

fes, wenn die Regierung es nicht ernst meine, und erklärten, dass sie ein schnelles Ergebnis wollten.

Die Verhandlungsdelegierten einigten sich schließlich auf die Bildung eines Überwachungsausschusses zur Umsetzung eines Verhaltenskodexes, unter Aufsicht der Nationalen Menschenrechtskommission, die jedoch erst noch gebildet werden muss. Unklarheit besteht auch über die Fortsetzung des Dialogs, da der König unter einem anderen königstreuen Ministerpräsidenten, Surya Bahadur Thapa, eine neue Regierung gebildet hatte. Gleichzeitig hat die Armee damit begonnen, aus ihrer Sicht darzustellen, was für sie zustimmungsfähig sei und was nicht, und zwar unabhängig vom Königshaus, das Nepals Armee stets kontrolliert hatte. Sie richtet sich auch nicht nach den Weisungen der Regierung und gibt ihre Meinungen öffentlich bekannt. Man kann nur bedauern, dass die Interessen aller Beteiligten, des Königs, der Armee und der Maoisten, nur noch weitere Hindernisse aufbauen, dem Frieden näher zu kommen. Im Augenblick wäre für einen dauerhaften Frieden ein grundlegender Kompromiss von beiden Seiten unumgänglich.

III. Lernen vom Friedensprozess auf Sri Lanka

Durch die Überzeugungsarbeit der norwegischen Regierung unterzeichneten die sri-lankische Regierung und die Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Elam - LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Elam*) im Februar 2002 erneut ein Waffenstillstandsabkommen und beendeten damit einen fast 25 Jahre andauernden Konflikt. Fünf Verhandlungsrunden waren dafür erforderlich gewesen. Der Friedensprozess von Sri Lanka wird auch als einer der anspruchvollsten Verhandlungsprozesse in der Region angesehen, der sowohl die Interessen der Regierung wie der Rebellen in die Gespräche einbezog. Diese begannen in einer geschützten Umgebung nach Umsetzung einer Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen. Das Abkommen sieht unter anderem einen „Überwachungsausschuss“ vor, der die Bestimmungen zur Waffenruhe unter der Schirmherrschaft des Friedensmaklers Norwegen kontrollieren und in die Praxis umsetzen sollte. Im Ausschuss waren die Regierung und die LTTE gleichrangig vertreten, einschließlich der Führer der einzelnen Religionen und ethnischen Gruppen. Nach fast sieben Monaten Vertrauensbildung und Gelegenheiten zum internen Dialog begannen die Gespräche. Dies zeigt, dass Vertrauensbildung für einen Dialog, der auch nur eine geringe Chance auf Erfolg haben soll, unerlässlich ist.

Leider geriet der Dialog seit April 2003 ins Stocken. Die sri-lankische Regierung und die Rebellen hatten geplant, sich auf der internationalen Geberkonferenz in Tokio im Juni 2003 zu treffen, um den Wiederaufbau des kriegsgeschädigten Nordens zu diskutieren und dafür die nötigen Finanzmittel aufzutreiben. Doch die LTTE boykottierte die Gespräche auch nach mehreren Versuchen der Norweger und Japaner, sie davon abzubringen. Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der LTTE über die Machtverteilung standen im Hintergrund. Die

Rebellen fordern uneingeschränkte Autonomie, wollen eine Selbstverwaltung aufbauen und streben die Kontrolle über die Verwendung der Hilfsgelder zum Wiederaufbau des Nordostens an. Auch wenn der Dialog sich weiter verzögert, sind doch noch nicht alle Hoffnungen geschwunden. Die einflussreichen Länder Norwegen und Japan verhandeln zur Zeit diskret mit der Regierung und den Rebellen, um den Dialog fortzusetzen, die Würde der letzteren zu wahren und ihnen den Zugang zu den Ressourcen sowie eine Beteiligung an der Macht zu sichern.

An diesem Verlauf zeigt sich, dass ein Friedensprozess selbst aus ganz unsinnigen Gründen ins Stocken geraten kann. Deshalb sollten die Regierung und die Vermittler sehr ernsthaft, diskret und systematisch vorgehen, damit ein dauerhafter Friede zustande kommt. Außerdem sollte die Regierung mehr Geduld aufbringen und bereit sein, sich die Forderungen der Rebellen anzuhören und, wenn möglich, einen Kompromiss einzugehen. Es ist ja offensichtlich, dass auch die Rebellen die Möglichkeit haben müssen, die eigenen bewaffneten Milizen davon zu überzeugen, die Waffen niederzulegen, ohne dass diese ihr Gesicht verlieren. Sonst würden sich keine bewaffneten Gruppen je auf eine Waffenübergabe einlassen. Wenn man ihnen keinen geeigneten Weg zur Entwaffnung und Reintegration in die Gesellschaft aufzeigt, wird der Konflikt unvermindert weitergehen.

IV. Ein Ansatz zur Konfliktlösung im nepalesischen Kontext

Die eigentlichen Gründe des Konflikts wie Armut, politische Instabilität und die bestehende Praxis der Diskriminierung, die in Rassen- und Kastenzugehörigkeit, in der Kultur, Tradition und Wirtschaft begründet sind, müssen in Nepal aufgegriffen und als Teil des Konfliktlösungsprozesses endlich angegangen werden. Ständiger Mangel an freiem Zugang zu den Ressourcen, Diskriminierung sowie Formen von Schuldknechtschaft wie die der *Kamayyas*, der Landarbeiter aus dem Volk der Tharu, tragen alle dazu bei, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen weitergehen. Aufgrund der krassen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede und einer unfairen Rechtsprechung wird eine Konfliktlösung in Nepal nicht umhin können, die Gerechtigkeitsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Vom Gesetz her sind zwar alle Formen praktischer Diskriminierung abgeschafft und werden, falls aufgedeckt, auch bestraft. Doch hat es bisher noch keinen einzigen Fall gegeben, den man vor Gericht gebracht hätte. Die meisten Menschen auf dem Land können aus Nahrungsmittelknappheit nicht länger als sechs Monate überleben, während der größte Teil des bebaubaren Bodens gerade mal einer Handvoll von Großgrundbesitzern gehört. Mangelnde Bildung und Armut haben Tausende von Jugendlichen gezwungen, in verschiedene Teile Indiens abzuwandern, wo sie ein Reservoir von Billigarbeitskräften bilden, nur um zu überleben.

Politische Instabilität ist ein weiterer Faktor, der die Wiederherstellung von Frieden in der Region behindert. Machthungrigen und unheiligen Allianzen gelingt es, durch Korruption und Ausnutzen der instabilen politischen Lage ihren Reichtum und ihren Einfluss sogar noch zu mehren. Als Folge davon bleiben die meisten benachteiligten sowie die marginalisierten ethnischen Gruppen vom aktiven politischen Leben und von einer Beteiligung an den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Ebenso werden ihnen die bürgerlichen Grundrechte vorenthalten, und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Verbesserung der Lage haben sie bisher in der Praxis noch nicht erlebt.

Mit Blick auf einige der eigentlichen Ursachen sollte die Regierung an einer neuen, breiter angelegten und umfassenderen Wirtschaftspolitik arbeiten, um besonders in den konfliktbetroffenen Gebieten des Landes die Armut zu beseitigen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Ebenso müsste sie die sozialen Randgruppen wieder in das aktive politische Leben hereinholen; sonst werden diese fortfahren, jede revolutionäre Bewegung zu unterstützen, die für sie das Recht auf Zugang zur Macht durchzusetzen sucht. Ebenso wie auf Sri Lanka könnte Nepal vom Sachverstand und der Autorität einer dritten Partei seinen Nutzen ziehen, die sich als Vermittlerin in den Friedensprozess einschaltet. Wenn sich auch mehrere Regierungen und internationale Nichtregierungsorganisationen um diese Position beworben haben, so ist doch für eine dritte Partei eines unabdingbar: das Vertrauen aller Beteiligten.

Ein Teil der Schwierigkeit in jedem Friedensprozess steckt in einer stabilen Verhandlungsdelegation. Während die maoistische Gruppe intakt geblieben ist, hat sich mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten und der Neuernennung von Thapa die Delegation der Regierung aufgelöst. Die Frage der Stabilität einer Regierung, also wie lange eine Regierung sich an der Macht hält, ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor für eine dauerhafte Waffenruhe und die Fortsetzung der Gespräche. Vertrauensbildende Maßnahmen müssen auf den Weg gebracht werden; die Zivilgesellschaft sowie die gesellschaftlichen Randgruppen, die noch immer von beiden Seiten ausgegrenzt werden, müssen mit am Verhandlungstisch sitzen und die politischen Parteien, die eines Tages wieder Verantwortung übernehmen werden, sollten das Ergebnis mitbestimmen.

V. Abschließende Bemerkungen

1. Der Vorrang der Menschenrechte

Die Menschenrechte sollten bei allen Verhandlungen stets an erster Stelle stehen, um einen sowohl innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen Konflikt zu lösen. Folterer müssen bestraft werden und die Opfer Zugang zu einer freien und fairen Rechtsprechung haben. Menschenrechte sind unabdingbar, unveräußerlich und unteilbar. Doch der Streitpunkt Menschenrechte blieb bei den Verhandlungen in Nepal vollkommen ausgeklammert, und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit

von Seiten der Sicherheitskräfte wie der Rebellen wurden geflissentlich übersehen.

Trotz beständiger Forderungen von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft scheuen sich die Regierung wie auch die Maoisten davor, den Tagesordnungspunkt Menschenrechte in den Dialog einzubringen und verfolgen eine Hinhaltetaktik. Auch sind sie nicht gewillt, irgendeine Art von Institution ins Leben zu rufen, die, gestützt auf internationale Straferichtsinstanzen, Verletzungen und Missbrauch von Menschenrechten untersucht. Falls notwendig, sollten Menschenrechtsexperten der internationalen Gemeinschaft als Beobachter zu den Gerichtsverfahren hinzugezogen werden. Das bedeutet, beide Seiten müssten sich einigen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um alle mutmaßlichen Täter vor Gericht zu bringen. Schließlich sind im 21. Jahrhundert alle Menschen verpflichtet, die Mindestnormen der Menschenrechte einzuhalten, die auf nationalen und internationalen Rechtsvorschriften beruhen. Dennoch sollten auch die landeseigenen Gesetze demokratisch zustande gekommen sein und demokratisch umgesetzt werden, damit den Opfern Gerechtigkeit widerfährt.

Im Verlauf dieses sieben Jahre währenden Konflikts wurde kein einziges Urteil gefällt, das den Opfern des „Ausnahmezustandes“ eine Entschädigung zugesprochen hätte, und kein einziger Prozess gegen die Verletzer von Menschenrechten angestrengt. Auf Initiative des *Center for Human Rights and Democratic Studies* (CEHURDES) haben unter Mithilfe der Grand Jury für die Pressefreiheit ganze 21 Journalisten und Menschenrechtsaktivisten gegen die staatlichen Behörden Prozesse angestrengt und für ihre illegale Haft in verschiedenen geheimen Haftanstalten sowie für inhumane Folterungen Wiedergutmachung gefordert.

Mit Sicherheit kann ein langfristiger und dauerhafter Friede nicht erreicht werden, wenn und solange nicht die Menschenrechtsfrage als Hauptpunkt auf die Agenda von Friedensgesprächen gesetzt wird. Die Menschen wollen einen dauerhaften und gerechten Frieden, um ohne Furcht und Drohung leben zu können.

2. Versöhnung und Vergebung

Das südafrikanische Modell der Konfliktlösung ist wahrscheinlich allgemein bekannt und wohl am besten geeignet, den Frieden wiederherzustellen und mit der Versöhnung unmittelbar im Land selbst zu beginnen. Die Theorie der Versöhnung und Vergebung findet großen Anklang, um Konflikte zu lösen, die Rebellen wieder ins aktive soziale Leben einzugliedern und ihnen eine Beteiligung am Aufbau demokratischer Institutionen zuzusichern.

Vergeben heißt jedoch nicht vergessen. Alle Traumata der Opfer durch einen bloßen Akt der Vergebung zu vergessen ist unmöglich. Dennoch ist Vergebung der beste Ansatz, die Rebellen zu einer Niederlegung der Waffen zu bewegen und ihre Rolle am nationalen Aussöhnungsprozess zu sichern. Dieser Prozess ist komplex und vielschichtig, scheint aber sehr effektiv zu sein. Wenn auch die Opfer einer Amnestie von Straftätern nicht voll zustimmen werden, so ist das wahrscheinlich doch der einzige Weg, Opfer und Täter miteinander zu versöhnen. Ohne Zweifel sind die meisten Rebellen in verschiedenste grausame Handlungen

verwickelt gewesen und haben durch Tötungen, Entführungen und Verschwindenlassen von Menschen sowie durch Drohungen zahlreiche Menschenrechte verletzt und missbraucht. Ähnliches lässt sich aber auch von den Sicherheitskräften und den Behörden behaupten.

Kurzum, alle Menschenrechtsvergehen und Missbrauchsfälle sollten untersucht und die Täter vor Gericht gestellt werden, ob durch einen ordentlichen Prozess oder durch ein Verfahren wie das einer Wahrheits- und Versöhnungskommission. Alle Menschen sollten geachtet werden und das Recht haben, sich ihrer Würde zu erfreuen.

¹ Anmerkung des Übersetzers: Für neuere Informationen in deutscher Sprache vgl. Onesto Li, *Rote Fahne auf dem Dach der Welt. Augenzeugenbericht vom Innenleben des revolutionären Volkskriegs in Nepal*, Hamburg 2002; Thomas Benedikter, *Krieg im Himalaya. Hintergründe des Maoistenaufstandes in Nepal. Eine politische Landeskunde* (Politikwissenschaft Bd. 97), Münster 2003.

Aus dem Englischen übersetzt von Franz Schmalz

Vergebung und Gerechtigkeit – die Chancen und die Pädagogik der Versöhnung

Eine theologische/religiöse Perspektive aus Australien

Robyn Reynolds

In einer staubigen Ecke des Heimatmuseums in Gundadgai, einer australischen Kleinstadt, stieß Betty Pike, Vorsteherin der Minang Church und zuständig für die katholischen Aborigines in der Umgebung von Melbourne, vor kurzem auf ein kleines Medaillon, dessen Inschrift an einen Widadjuri namens Yari erinnerte. Betty stellte einige Nachforschungen über diese Geschichte aus vergangenen Tagen an und fand heraus, dass in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts weiße Siedler an den Murumbidgee River gekommen waren. Die Widadjuri rieten ihnen, sich wegen der häufigen Überschwemmungen nicht zu nah am Fluss niederzulassen, doch die Weißen ignorierten diese Warnung, und so wurde ihre Stadt 1852 von einem schweren Hochwasser zerstört. Neunzig Menschen starben, doch 49 wurden von Yari gerettet, der sein eigenes Leben riskierte und mit seinem kleinen Kanu immer wieder über den reißenden Fluss paddelte. Seine